

## grün:inhalt



### So schallt's heraus

Auf den folgenden Seiten ziehen wir Bilanz, und zwar radikal! Ob zu Hartz IV, zur Finanzlage, zu Bildung und Kinderbetreuung, zu Bremerhaven und Stadtentwicklung, ob zu Kultur oder Migration/Integration oder – last but not least – zu Energiepolitik: Sie werden es schon finden auf den

### 6 Seiten Bilanz!

Das für Sie Wesentliche finden Sie auf der Rückseite, und zwar

**Das  
Preisrätsel!**

### Die Milliardenfrage

Seite **6**

## grüne ecke

### Tort-Tour statt Diäten?

Siebzehn SchülerInnen und Studierende haben in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode ein Praktikum in der grünen Bürgerschaftsfraktion absolviert (Tagesgäste gar nicht mitgezählt)! Zum Abschied gab es oft Kuchen für die Abgeordneten und MitarbeiterInnen. Leider hat sich hierbei der Gleichberechtigung



ansatz noch nicht durchgesetzt: Beim Backen waren die Herren der Schöpfung weniger schöpferisch tätig als die Damen.



## Wir ziehen Halbzeitbilanz

**Die dritte Auflage der großen Koalition hat Halbzeit: Zehn Jahre Politik der faulen Kompromisse, zehn Jahre gescheiterte Sanierungspolitik.**

**D**urch Bremens große, zusätzliche Investitionen kam es weder zu einem überdurchschnittlichen Abbau der Arbeitslosigkeit noch zur Steigerung der Wirtschaftskraft oder der Einwohnerzahlen.

Neben den objektiven Daten haben die langen Jahre unter der großen Koalition auch im demokratischen Klima Bremens ihre Spuren hinterlassen: Arroganz der Macht, Überheblichkeit und Größenwahn bei den Investitionsprojekten werden garniert mit den Sonntagsreden über Bürgerbeteiligung, Ehrenamtlichkeit und Zivilgesellschaft. Dabei werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger missachtet wie nie zuvor. Schulautonomie, Rechte der Beiräte und Selbstbestimmung auch bei Verkehrsprojekten werden einem autoritären Politikverständnis geopfert.

Der Senat ist zerfallen in zwei sich beharrende Interessengruppen: CDU und SPD. Bürgermeister Henning Scherf hat den Zeitpunkt für einen würdevollen Abschied versäumt, er verliert rapide an Ansehen. So soll es sich bis zur Bürgerschaftswahl 2007 dahinschleppen – Neuwahlen mit einem klaren Wählerauftrag für die schwierige Lage wären besser.

Zugegeben: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Bremen sich nicht mehr aus eigener Kraft aus der verfahrenen Lage befreien kann,

erscheinen auch grüne Alternativen klein. Es macht aber einen großen Unterschied, wenn Bildungspolitik alle Kinder und Jugendliche meint und erreicht, wenn Politik den sozialen Ausgleich sucht, wenn auch Investitionen auf den Prüfstand kommen, wenn Sparpolitik die Kraft zu Strukturveränderungen hat, wenn sparsam mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen (wie den Flächen) umgegangen wird und wenn Bürgerinnen und Bürger wirklich mitentscheiden können.

Wir Grünen arbeiten weiter an Konzepten für eine bessere Bildungspolitik, eine moderne Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, eine verantwortliche Finanzpolitik und einen sparsamen Umgang mit Ressourcen.

Unseren Kindern wollen wir ein Land Bremen übergeben, das eine Zukunft hat.



Karoline Linnert,  
Fraktionsvorsitzende

grün: **Aktion**



Klaus Möhle (links) und Kanber Altintas, Projektmanager des dtw Mannheim

## Wirtschaftsförderung für MigrantInnen

*Migrantische Unternehmen und Gründungen werden für die Stärkung der lokalen Wirtschaft immer wichtiger. Doch die kommunale Wirtschaftsförderung erreicht sie meist nicht. Wie eine erfolgreiche, zielgruppenorientierte Wirtschaftsförderung aussehen kann, darüber informierte sich Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher, im Deutsch-Türkischen Wirtschaftszentrum (dtw) in Mannheim.*

*Neben der Gründungsberatung und günstigen Büroräumen bietet das Wirtschaftszentrum eine breite Palette an Seminaren zu den alltäglichen Herausforderungen für Klein- und Kleinstunternehmen, wie Vertrieb, Kalkulation und Buchführung. Die Beratungen und Seminare finden auf Türkisch und Deutsch statt.*

## BLG Logistics

*Über Hafenwirtschaft, Logistik und Verkehr informierten sich Abgeordnete und MitarbeiterInnen der grünen Fraktion bei einem Besuch der BLG Logistics in Bremerhaven.*

*Die Grünen sind sich mit dem Vorstandsvorsitzenden der BLG Logistics, Detthold Aden (in der Bildmitte), einig darüber, dass die Modernisierung der Kaiserschleuse dringend notwendig ist, damit der Hafenerbetrieb gewährleistet bleibt. Dazu Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert: »Allerdings ist die Finanzierung nach wie vor unklar. In den Haushaltsplänen der großen Koalition taucht der Posten nicht auf. Zudem haben SPD und CDU es versäumt, mit der Bundesregierung über eine Beteiligung an den Kosten zu verhandeln.«*

# Hartz und die soziale Verantwortung

**Die Umsetzung von Hartz IV bringt erhebliche Probleme mit sich. In Bremen verdichten sich zudem die Anzeichen dafür, dass der Senat froh ist, alle erwerbsfähigen Arbeitslosen und ihre Angehörigen los zu sein.**

Mit dem Vertrag zur Gründung der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) hat das Sozialressort seine Aufgabe, soziale Unterstützung für Erwerbslose zu geben (wie beispielsweise Kinderbetreuung, Schulden- und Suchtberatung, psychosoziale Betreuung) auf die neue Gesellschaft übertragen – ohne sich ausreichend darum zu kümmern, ob die BAGIS sie auch erfüllt. Die war (und ist) überlastet, so dass viele Erwerbslose monatelang nicht die ihnen zustehenden Hilfen bekamen.

Wir haben immer wieder darauf gedrängt: Nicht Verwaltung und Organisation dürfen im



Dirk Schmidtman, Sozialpolitik

Mittelpunkt stehen, sondern die Menschen, die Hilfe brauchen – aber die Mühlen mahlen weiter langsam. Wenn dann noch Langzeitarbeitslose von den Sozialzentren mit der Begründung weggeschickt werden, dass für erwerbsfähige

Menschen angeblich nur noch die BAGIS zuständig sei, widerspricht dies der Gesetzeslage, lässt Menschen in ihrer Not alleine und verschärft ihre missliche Lage.

Früh war absehbar, dass die Bestimmung der »Angemessenheit« der Miete Probleme bringen würde. Wir Grünen haben immer auf die Gesamtverantwortung des Senats in dieser Frage hingewiesen: Nicht nur das Sozialressort hat dafür zu sorgen, dass ausreichend preisgünstiger Wohnraum bereitsteht. Aber erst im Dezember fand eine gemeinsame Sitzung der Bau- und der Sozialdeputation statt, um ressortübergreifend nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Wir Grünen werden weiter dafür eintreten, dass die Probleme in der Umsetzung von Hartz IV nicht auf dem Rücken erwerbsloser Menschen und deren Angehörigen ausgetragen werden.



Silvia Schön, Arbeitsmarktpolitik

## »Auf! Lasset uns potemkinsche Dörfer bauen!«

**Nach zehn Jahren großer Koalition sind die Probleme im Bremer Haushalt größer denn je. Statt auf Qualität setzen SPD und CDU auf eine hohe Investitionsquote.**

Der für 2009 angestrebte »Primärhaushalt«, der Bremens Schulden schlicht ausklammert, ist nichts als ein potemkinsches Dorf, das den BürgerInnen den Blick auf die Ruine dahinter verstellen soll. Jan Köhler, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der grünen Fraktion: »Die objektiven Haushaltsdaten sind schlecht: Die Steuereinnahmen sind sogar gesunken, die Schulden mit über 12 Milliarden Euro auf einem Höchststand. Bremens Eigenständigkeit ist so bedroht wie nie zuvor. Nun muss Bremen wieder vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, was wir Grünen als letzte Chance für unser Bundesland unterstützen. Jetzt erleben wir wieder hektische Sparanstrengungen, so als sei es nicht schon lange klar, dass das jährliche Ausquetschen immer derselben Töpfe nur noch Schaden verursacht.«

Die Ergebnisse der Bremer Sanierungspolitik erscheinen in einem noch schlechteren Licht, wenn man berücksichtigt, dass die von der großen Koalition getätigten zusätzlichen Investitionen wie Space Park, Hemelinger Tunnel, Musical oder Gewerbehafen Hansalinie in der Arberger und Mahndorfer Marsch viel höher sind als die angegebenen 2,3 Mrd. Euro. Seit Jahren belastet die SPD/CDU-Koalition zukünftige Haushalte durch weit in die Zukunft reichende Entscheidungen nach dem Muster »heute bauen, morgen bezahlen«. Spitzenreiter dieser unverantwortlichen Zukunftsbelastung ist der Containerterminal IV in Bremerhaven: Im Jahr 2047 wird die letzte Rate von dann über einer Milliarde Euro bezahlt sein.



Jan Köhler



# Das sind immer noch unsere Großprojekte: Kinder und Jugendliche

**Konkrete Maßnahmen zur Förderung der Lebens- und Berufschancen von Kindern und Jugendlichen sind für die Grünen ein wichtiger Schwerpunkt. Mit ihren faulen Kompromissen verschleiert die große Koalition, wie wenig sie für Kinder und Jugendliche tut.**

## **Auf den Anfang kommt es an!**

Kindertagesbetreuung bereichert die Erziehung und Bildung der Familien, eine gute Förderung unserer Kinder schafft bessere Startchancen. Gerade bei den Kindern unter drei Jahren (u3) mangelt es an Betreuungsplätzen, die von Eltern jedoch stark nachgefragt werden. Die Wartelisten in Krabbelgruppen sind lang. Die rot-grüne Bundesregierung will bis zum Jahr 2010 den u3-Bereich ausbauen. Bremen muss jetzt Konzepte dafür entwickeln, wie über 800 neue Plätze geschaffen werden können.

›Wir Grünen favorisieren altersgemischte Einrichtungen mit Kindern zwischen null und sechs Jahren‹, erklärt der kinder- und jugendpolitische Sprecher Jens Crueger. Er plädiert für eine Öffnung der Kita-Gruppen für Kinder unter drei Jahren. ›Damit verhindern wir, dass aufgrund der sinkenden Kinderzahlen gleich ganze Kita-Gruppen geschlossen werden. Kindergärten sind weiter ausgelastet und die wohnortnahe Versorgung bleibt erhalten.‹



Informierten sich vor Ort: Jens Crueger und Anja Stahmann im Kindergarten im Arsten, Zweiter von links und Zweite von rechts (beide stehend).

## **Integrativen Ansatz bewahren**

Gegen ›Sondereinrichtungen‹ für behinderte und von Behinderung bedrohte Kindergartenkinder sprechen sich die Grünen aus. Jens Crueger: ›Wir wollen den bisherigen integrativen Ansatz erhalten. Es darf nicht passieren, dass diese Kinder in wenigen Einrichtungen zusammengefasst und damit ausgegrenzt werden. Eine gute heterogene Zusammensetzung der Gruppen ist eine Bereicherung für alle Kinder.‹

## **Kürzungen in der Jugendbildung**

Der Senat plant, ca. 300.000 Euro für die Jugendverbandsarbeit und die Jugendbildung zu kürzen. Das entspricht fünfzig Prozent des Etats für diesen Bereich. Damit werden nicht nur viele Jugendverbände in ihrer Existenz bedroht, damit werden wichtige Aufgaben, wie beispielsweise die Heranführung Jugendlicher an Demokratie und Bürgerbeteiligung, aufgegeben. Die Grünen fordern daher, die Kürzung an dieser wichtigen Stelle nicht umzusetzen.

## **Schule von gestern: Große Koalition verschenkt Talente von Kindern und Jugendlichen**

›SPD und CDU doktern am dreigliedrigen Schulsystem herum und nehmen soziale Ungerechtigkeit in Kauf. Dabei ist spätestens seit der PISA-Studie offenkundig, dass die soziale Herkunft den Bildungsweg der Kinder bestimmt und dass das dreigliedrige Schulsystem diese Ungerechtigkeit verstärkt‹, kommentiert die grüne Bildungsexpertin Anja Stahmann die Bildungspolitik der großen Koalition. Statt auf längeres gemeinsames Lernen und frühe individuelle Förderung zu setzen, kehrt die große Koalition zurück zur Schule der fünfziger Jahre: Trennung der Kinder nach der vierten Klasse, frühes Festlegen auf Bildungswege. Das ist eine Schule, die vielen Kindern nicht gerecht wird, denn ›Spätzünder‹ und ausländische Kinder gehen unter, obwohl sie über große Potenziale verfügen. Anja Stahmann: ›Damit erfüllen SPD und CDU zwar ihren Koalitionsvertrag, aber sie nehmen vielen Kindern Bildungschancen. Talente werden dauerhaft verschenkt. Dabei ist gut ausgebildeter Nachwuchs das Pfund, mit dem wir wuchern müssen – im Interesse der Jugendlichen und im Interesse Bremens.‹ Die Grünen weisen darauf hin, dass die von der Koalition vorgesehenen Kürzungen die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler massiv erschweren. Gleiches gelte auch für den Ausbau des Ganztagsangebots. Und das, obwohl die Nachfrage nach verbindlichen Ganztagschulen ungebrochen ist. Das zeigt sich schon allein daran, dass das Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung von den Bremer und Bremerhavener Schulen gut angenommen wurde – nicht zuletzt deshalb, weil Ganztagschulen ein flexibleres Lernen und Lehren ermöglichen und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Kritisch sieht die Bildungspolitikerin Anja Stahmann das kürzlich verabschiedete neue Schulgesetz: ›Mit dem neuen Gesetz werden die Schulen zu Dienststellen der Behörde. Der andere Weg ist richtig: Vorgaben müssen abgebaut werden, Schulen mehr Kompetenzen bekommen. Sie müssen Verantwortung für ihre Schüler übernehmen können. Es muss Standards und Ziele geben, wie sie aber erreicht werden, ist Angelegenheit der Schule.‹

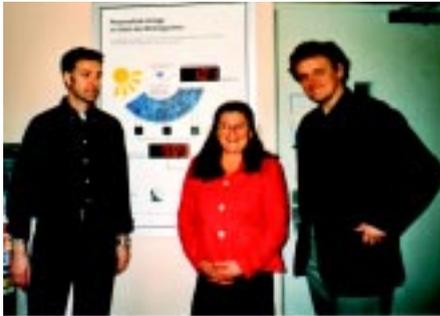


Der jüngst wiedergewählte Fraktionsvorsitzende Anja Stahmann, Karoline Linnert und Matthias Güldner und die grüne Europa-Abgeordnete Helga Trüpel mit ihrem Nachwuchs (von links nach rechts).

# Energiewende – gut für Umwelt und Arbeit

**Der von den Grünen vorangetriebene Ausstieg aus der Atomenergie und die bundesweite Förderung von erneuerbaren Energien hat auch in Bremen viel Positives bewirkt.**

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wind, Wasser und Sonne liefern fast unerschöpfliche Kraft und sind damit im besten Sinne nachhaltig. Die Windenergiebranche ist ein sehr wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Strukturwandel in Bremen. Über tausend Menschen arbeiten hier und erwirtschaften einen Jahresumsatz von circa 500 Millionen Euro. Bremen nimmt damit in Deutschland eine Spitzenposition ein.



Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, flankiert von Toralf Richter vom BUND (links) und Michael Kruse vom Bremer Arbeitskreis Energie

Nachholbedarf besteht dagegen bei der Nutzung der Sonnenenergie. Die Förderprogramme der Bundesregierung mit ihren vielen Möglichkeiten werden bisher nicht ausgeschöpft.

Die Förderrichtlinien des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ermöglichen endlich den Bau eines rentablen Weserwasserkraftwerks in Bremen. Die Wasserkraft reicht aus, um 14.000 Haushalte mit Strom zu versorgen!

Von einer optimalen Energienutzung sind wir in Bremen noch weit entfernt. Die grüne Fraktion fordert seit langem, bei allen Neubauten und Renovierungen von öffentlichen Gebäuden besonderes Augenmerk auf Energiesparmaßnahmen zu legen. Investitionen beispielsweise in Wärmedämmung und Abwärmenutzung rechnen sich doppelt: Sie stärken das Handwerk und entlasten mittel- und langfristig den Haushalt.

Die Energiewende eröffnet die Chance auf sonnige Zeiten für Bremen – nutzen wir sie!

## Die Stadt nachhaltig entwickeln: Fremdwörter für die Koalition

**Es fällt der großen Koalition schwer, von großspurigen Prognosen Abstand zu nehmen. Eine Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts von 1999 steht immer noch aus.**

Der demografische Wandel geht auch an uns nicht vorbei. Zwar schrumpft die Stadt Bremen zurzeit noch nicht wie Bremerhaven, aber auch in Bremen wird der Anteil der älteren Menschen immer höher, der an Kindern immer geringer werden. Das hat gravierende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche in der Stadt. Je dünner unser Stadtgebiet besiedelt ist, desto weniger Menschen werden die gesamte Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Abwasser, soziale und kulturelle Einrichtungen, Schulen) bezahlen. »Angesichts dieser Perspektiven ist es geradezu selbstmörderisch, das Stadtgebiet immer weiter auszudehnen und weiterhin auf die Trennung der Lebensbereiche zu setzen«, kritisiert Karin Krusche, in der grünen Fraktion für Stadtentwicklung zustän-

dig. Neubaugebiete für Einfamilienhäuser wie die Osterholzer Feldmark oder Brokhuhting gehen völlig an Strategien nachhaltiger Stadtplanung vorbei.

Die Zukunft liegt in gemischten Stadtquartieren, wo Arbeiten, Wohnen, Versorgung und Freizeit miteinander verzahnt sind. Das verdeutlicht auch, dass das Gebiet der Überseestadt direkt neben der Innenstadt viel zu wertvoll ist, um es als reines Gewerbe- und Dienstleistungsgebiet zu planen, wie derzeit noch die große Koalition. Auch das frei werdende Gelände des Klinikums Mitte liegt genau dort, wo viele Menschen gerne wohnen und arbeiten wollen. Diese Chancen werden bislang nicht so aufgegriffen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.



Lehrer Marco Ringhand mit einer Gruppe aus seiner Klasse sowie Marieluise Beck (Mitte) und Dirk Schmidtman (rechts)

## Sind Jugendliche keine BürgerInnen?

**Schülerinnen und Schüler der Integrierten Stadtteilschule In den Sandwehen wollten im April beim Tagesordnungspunkt »Der Bürger hat das Wort« dem Beirat Blumenthal von den Ergebnissen ihrer Projektwoche berichten – der Sitzungsleiter drehte ihnen einfach den Saft ab.**

Das war Anlass für den grünen Abgeordneten Dirk Schmidtman, selbst Bremen-Norder, eine Delegation und ihren Lehrer in die Fraktionssitzung einzuladen, um dort ihren PC-unterstützten Vortrag zu halten. »Das war besser als viele Fachvorträge«, zeigte sich Schmidtman beeindruckt von den Berichten über die Probleme in Lüssum.

Auch die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, die an diesem Tag an der Fraktionssitzung teilgenommen hatte, war von dem Engagement der SchülerInnen begeistert.

## Schlag nach bei Shakespeare

Als Signal an die Bremer Kulturszene nach der erfolglosen Kulturhauptstadtbewerbung will die grüne Fraktion einmal pro Monat ihre Fraktionssitzung in einer Kultureinrichtung abhalten. Den Anfang machten das Theater am Goetheplatz (Foto) und die Bremer Shakespeare Company. Natürlich nutzt die Fraktion die Gelegenheit zu einem Blick hinter die Kulissen und einem Gespräch mit den Gastgebern.



Nicht das Schnürschuhtheater, sondern die Schuhmacherei des Bremer Theaters (rechts im Bild Intendant Dr. Klaus Pierwoß).

# Wer hat noch nicht, wer will noch mal?

**Die Kulturbehörde ist mit sich selbst beschäftigt, das Ressort wird herumgereicht wie ein Wanderpokal. Die personellen Fehlentscheidungen der CDU produzieren Chaos und Verunsicherungen in der Kulturszene.**

Nach dem Motto ›Dreimal ist Bremer Recht‹ stellt die CDU mit Jörg Kastendiek innerhalb von zwei Jahren schon den dritten Kultursenator. ›Wir hoffen, dass Herr Kastendiek die Chance ergreift und die Kultur aus dem tiefen Tal herausholt, in das sie sein Vorgänger Herr Gloystein hineingeritten hat. Nach der gescheiterten Bewerbung zur Kulturhauptstadt braucht Bremen ein Nachfolgeprojekt, um die Aufbruchstimmung in der Kulturszene zu erhalten und die neu geknüpften Netze innerhalb der Stadt zu festigen‹, erklärt Karin Krusche, kulturpolitische Sprecherin der grünen Fraktion.

Das Konzept der ›Stadtwerkstatt‹ von Martin Heller müsse daraufhin ernsthaft geprüft werden. ›Interessant an der „Stadtwerkstatt“ ist die geplante Verknüpfung unterschiedlicher Themenschwerpunkte aus Kultur, Bildung, Wissenschaft und Stadtentwicklung‹, betont Krusche.



Karin Krusche

Für die Grünen sind Kunst und Kultur kein überflüssiger Zierrat, sondern ein elementarer Bestandteil einer lebendigen Stadt. ›Wir wollen keine Aufteilung in „Hochkultur“ und freie Szene; Bremen braucht die gesicherte Existenz der großen und der kleinen Einrichtungen sowie einen Projekttopf für neue Ideen. Darum verlangen wir die Auszahlung der zweiten Tranche des Kulturhauptstadtfonds.‹

Für die Grünen ungelöst bleibt die Frage, wie sich das führungs-schwache Kulturressort in nächster Zeit weiterentwickeln wird. Karin Krusche: ›Die alleinige Rückführung der kmb in die Behörde reicht nicht aus. Wir erwarten, dass das Amt kulturpolitisch aktiv wird, Ziele entwickelt und seine Rolle als Impuls- und Ideengeber endlich wahrnimmt.‹

# Wer Bremen dumpf abschottet, macht Bremen kaputt!

**Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner rechnet mit der Migrations- und Integrationspolitik der großen Koalition ab.**

Die Bilanz der Migrations- und Integrationspolitik der großen Koalition ist ernüchternd:

- Die Einrichtung einer zur Lösung humanitärer Einzelfälle dringend benötigten Härtefallkommission scheidet bisher am Starsinn der CDU.
- Das Ausländeramt ist mit der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes überfordert.
- Restriktive Vorgaben des Bundesinnenministeriums werden zusätzlich durch die Politik des Bremer Innensenators verschärft.
- Ein mutmaßlicher Drogenhändler stirbt bei der zwangsweisen Vergabe von Brechmitteln, und der zuständige Innensenator erlebt sein TV-Waterloo.



Matthias Güldner

- Zum Kopftuch wird ein Gesetz verabschiedet, das der SPD (Einzelfallentscheidung nur bei Störung des Schulfriedens) und der CDU (generelles Kopftuchverbot) gegenteilige Interpretationen erlaubt.

Wir als grüne Opposition haben uns gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten in all diese Auseinandersetzungen um politische Richtungsentscheidungen eingemischt.

Dabei sehen wir realistisch auch die Missstände im Bereich der Migranten-Communities und fordern ein Ende von Ehrenmorden, Zwangsheirat und anderen erniedrigenden Behandlungen vor allem von Frauen, aber auch die Übernahme von mehr Verantwortung für Bildung und Ausbildung der jetzt aufwachsenden Generation.

Den Bremer Rat für Integration haben wir mit aus der Taufe gehoben. Wir engagieren uns aber auch für die Integration all jener Gruppen, die dort zunächst nicht vertreten sind. Der Rat kann, wenn er den nötigen Spielraum dafür erhält, zu einer politischen Plattform für Migranteninteressen und gemeinsame Integrationsanstrengungen werden.



## 10 Jahre große Koalition

Das Bremer Politik-Ensemble tritt auf, scheint paralysiert und sinnentleert, angespannt und bemüht keine Fehler zu machen.

Das Bühnenbild ist hübsch dekoriert, dafür hat man schon mal das Budget der kommenden Spielzeiten verbraucht. Der ein oder andere Hänger bei der Textreproduktion im Ensemble, im Publikum kommt Unruhe auf, was spielen die denn da? Wo sind die Spannungsfelder, die Qualitäten, was sind die Inhalte?

Es fehlt das Herz, das Vertrauen, dass man auch mit klugen Gedanken etwas bewegen kann. Das große Bühnenbild steht für das Illusionstheater, viel interessanter ist es, zu verfolgen, was passiert – wie die Figuren interagieren! Und da könnte das Spiel wieder spannend werden:

Wenn die Figuren mit einer Ahnung der Verantwortung für die Zukunft den Dialog und die Debatte als Katalysator wirken ließen, wenn sie überhaupt bereit wären zuzuhören. Ja, dann wären sie weniger statisch und wirkten als gestaltende Kräfte, die mit ihrem Wissen eine Orientierung geben könnten.

Ja, schön wär's; das gibt es aber im Theater-Theater, in den Künsten, in den Disziplinen, die sich für eine zukunfts-fähige, kreative Wissensgesellschaft einsetzen und Orientierungen anbieten.

Renate Heitmann,  
bremer shakespeare company



# Halbzeit in Bremerhaven: Am Volk vorbei regiert!

**Die große Koalition ist weit davon entfernt, die Stadt zukunftsweisend zu regieren. Einzelinteressen der Koalitionsparteien SPD und CDU verhindern oder zumindest verzögern wichtige Projekte und damit die Sanierung. Demokratie und Bürgerbeteiligung verkommen zur Farce.**

Nach der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2003 begann ein Verhandlungsmarathon über den Koalitionsvertrag bis weit in den Dezember. Die ›Partner‹ hatten zu unterschiedliche Vorstellungen. Das Ergebnis für das Volk: Die Interessenlagen der beiden Koalitionäre blockierten während der ersten Halbzeit der Legislaturperiode oft wochenlang wichtige Entscheidungen, Prozesse und Projekte.

Die von den Grünen geforderte Reform der Stadtverfassung wird von den großen Parteien seit Jahren verschleppt. Sie würde beispielsweise die ehrenamtlichen Stadträte abschaffen, Geld sparen und den Einfluss der Parteien zurückdrängen. Ein Entwurf verrottet in der Schublade des Stadtverordnetenvorstehers. Von demokratischen Entscheidungsprozessen kann in dieser Stadt nicht die Rede sein. Sämtliche Beschlüsse werden großkoalitionär ausgehan-



Unsere Bremerhavener Abgeordneten Doris Hoch und Peter Lehmann

delt – und zwar bevor sich Ausschüsse, die Stadtverordnetenversammlung oder der Magistrat damit befassen. Das Ergebnis für das Volk: Demokratische Debatten- und Teilhabekultur ist in Bremerhaven mittlerweile völlig verloren gegangen und bei engagierten, reformorientierten BürgerInnen weitgehend durch Resignation ersetzt worden.

Das Nordsee-Hotel ist von zentraler Bedeutung für die Geschicke der Stadt. Dort wird freitagmorgens im Nebenzimmer im kleinen Kreis von CDU- und SPD-Vorderen über Zukunft, das Wer, Was, Wann und Warum bestimmt. Gelder, Projekte und die Stadt werden so zwischen SPD und CDU aufgeteilt nach der Regel ›Gibst du mir was, gebe ich dir was‹.

Nur in wenigen Fällen ist es zu einer Änderung der durch die Koalition abgestimmten Beschlussvorlagen gekommen. Gängige Praxis ist auch das Absetzen einer Vorlage von der Tagesordnung (letzter Schulausschuss: Eon-Millionen) – egal mit welcher Konsequenz. Das Ergebnis für das Volk: keine Sommercamps für Kinder in den Sommerferien.

Millionen Euro, die der Stadt Bremerhaven und ihren BürgerInnen zum Beispiel über die Stiftung ›Wohnliche Stadt‹ oder durch den ›Stadtbau West‹ zur Verfügung stehen, werden über Anträge und Anfragen aus SPD- und CDU-Ortsvereinen fifty-fifty verteilt. Das Ergebnis für das Volk: Nicht reale Erfordernisse, sondern Parteiproporz bestimmen das Vergabeverhalten.

Den Strukturwandel durch touristische Entwicklung im Neuen/Alten Hafen will die große Koalition nach wie vor ganz ohne integriertes Verkehrskonzept für Bremerhaven wuppen. Das Ergebnis für das Volk: Die Stadt verliert an Lebensqualität.

## Die Milliardenfrage

**Bremen ist bis über die Ohren verschuldet**

Bremen hat heute mehr Schulden als zu Beginn des Sanierungszeitraums 1994. Aber wie hoch ist der Schuldenstand wirklich?

- So nennt der Senat in seiner Regierungserklärung vom 22. Februar 2005 einen Schuldenstand von rund 10,4 Milliarden Euro (ohne Kapitaldienstfonds).
- Bürgermeister Henning Scherf sagt am 18. Februar 2005 im DeutschlandRadio ›Wir liegen bei ungefähr acht Milliarden ...‹
- Karoline Linnert meint in der Bürgerschaft am 23. Februar 2005, es seien zwölf Milliarden zuzüglich der Schulden der Gesellschaften und der des Kapitaldienstfonds.

**Wer hat Recht?**

- Der Senat (22.2.2005)**
- Der Bürgermeister (18.2.2005)**
- Karoline Linnert (23.2.2005)**

Bitte schicken Sie Ihre Antwort (Absender nicht vergessen!) bis zum 19. September 2005 an:

Andrea Quick  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Schlachte 19/20, 28195 Bremen,  
oder per E-Mail an:  
andrea.quick@gruene-bremen.de

**Zu gewinnen gibt es ein Abendessen mit einer/m unserer Abgeordneten, den/die Sie sich aussuchen.**

Der/die GewinnerIn wird ausgelost, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## grün: in der Mache Kunst an der Schlachte



Nach einer ›Kunstpause‹ hat die grüne Bürgerschaftsfraktion auch in dieser Wahlperiode ihr 1997 begonnenes Projekt von Kunstausstellungen in den Fraktionsräumen fortgeführt.

Damit kommt Kunst nicht nur in den politischen Raum (im wahrsten Sinn des Wortes), sondern damit wird auch die Kunstszene der Region Bremen gestärkt und gefördert. Auch migrantische KünstlerInnen können sich bei

uns zu Wort melden, um Einblicke in andere Kulturen zu geben.

Die Wiederaufnahme von ›Kunst an der Schlachte‹ erfolgte im Februar 2005 mit Zeichnungen, Fotografien und Installationen von Thomas Falk.

Die Fortsetzung ist bis zum 26. August 2005 in der Ausstellung ›El jardín de Venus‹ der Malerin Gloria del Mazo zu sehen (und zwar montags bis donnerstags von 10 bis 16 Uhr, freitags bis 14 Uhr).

## service & impressum

Fraktion Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN in der  
Bremischen  
Bürgerschaft

Telefon 0421/3011-0  
Telefax 0421/3011-250  
e-mail: fraktion@  
gruene-bremen.de

internet www.gruene-  
bremen.de

Gestaltung  
Designbüro  
Möhlenkamp  
Relaunch + Satz +  
Endredaktion  
Thomas Kollande

Fotos  
B. Ahlers, U. Bendrat,  
D. Bleiker, A. Caspari,  
F. Dittmar, R. Heit-  
mann, M. Heuß, G. del  
Mazo, A. Quick, L.  
Scheschonka

Druck: Geffken &  
Köllner, Bremen